

die nähere Zukunft beeinflussen. Hier muß einem weitverbreiteten Irrtum entgegengetreten werden: Von Prognosen erwartet man, daß sie möglichst in Erfüllung gehen; das mag für vermeintlich positive Aussagen gelten, aber die Hauptaufgabe der Prognostik müßte es sein, Gefahren aufzuzeigen, die von falschen Entscheidungen und schädlichen wissenschaftlich-technologischen oder gesetzgeberischen Entwicklungen ausgehen. Das geschieht etwa, indem man die Gefahr der radioaktiven Verseuchung quasi als gegeben in Betracht zieht und deshalb Technologien fördert, welche die Energiekrise ohne solche Nebenwirkungen meistern.

Vorhin war die Rede von Standardisierung durch große Stückzahl. Aus der Wahrscheinlichkeitsberechnung ist das *Gesetz der Großen Zahlen* geläufig; es besagt, für unseren Zusammenhang vereinfacht, daß sehr viele Beobachtungen erst statistische Schlüsse absichern. Die Atompolitik läßt ein neues Gesetz der Großen Zahlen aufkommen: Man interessiert sich noch für das Schicksal einzelner Kranker und Behinderter. Aber für die große Zahl der strahlenbedingt Krebskranken und das Heer Behinderter mit genetischen Defekten, die in Zukunft zu erwarten sind, hat man nur ein Achselzucken übrig. Der Schriftsteller Max Frisch geht in seinem »Tagebuch 1946—1949« der Tatsache nach, daß die gleichen Soldaten, die Hemmungen haben, auf Menschen zu schießen, als Piloten kaum Skrupel haben, ihre Bomben über Städten auszuklinken. Das mache die große Zahl und die *inhumane Abstraktion der Unsichtbarkeit*, die persönliche Empfindungen unterdrückt.

In genau dieser Lage befindet sich die Politik heute: Man engagiert sich für die (oder in der) Rehabilitation, kurbelt die Deutsche Krebs-hilfe an, nimmt aber durch den Bau von Kernkraftwerken kommendes Unheil in Kauf, weil es diesmal durch eine *zeitliche Abstraktion* den Blicken der Verantwortlichen entrückt wird.

4 % der Neugeborenen weisen vererbte Defekte auf oder tragen sie unerkannt in sich; 5 % der Neugeborenen erleiden einen vermeidbaren Schaden während Schwangerschaft oder Geburt (nichts ist strahlenempfindlicher als keimendes Leben!). Der Anteil der Behinderten an der Gesamtbevölkerung beträgt mehr als 6,6 % — soll er steigen? Nicht einmal die Behindertenorganisationen haben ihre vorbeugende Funktion erkannt: alles daran zu setzen, daß die Zahl der lebenslang Geschädigten nicht weiter (prozentual) wächst. Man unterscheidet Körper — von seelisch und geistig Behinderten. Hinzu kommt nunmehr die vierte Gruppe der *moralisch Behinderten* in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Energiekrise manifestiert sich heute als moralische Krise.

Dipl.-Math. Dinu Amzar
Johannisberger Str. 5, 6200 Wiesbaden

Literatur

- J. Heimerl, P. Kauffmann: Prognosemodell für wirtschaftliche Zeitreihen mit STAPRO Siemens-Schriftenreihe data-praxis.
Deutsche Forschungsgemeinschaft: Aufgaben und Finanzierung V 1976—1978. Harald Boldt Verlag, 1976
R. Göttner, P. Fischer: Was soll, was kann Prognostik? Urania Verlag (DDR), 1973

K. W. Rothschild: Wirtschaftsprognosen — Methoden und Probleme. Springer-Verlag, 1969

R. Tremmel: Mathematik für Katastrophen. FAZ 6. 8. 1975

C. F. v. Weizsäcker: Die Kunst der Prognose in: Alvin Toffler: Kursbuch ins 3. Jahrtausend. Scherz, 1975

»Unrealistische Strombedarfsprognosen bis 2000«, FAZ 10. 1. 1972

Nur für mathematisch gut vorgebildete Leser

G. E. P. Box, G. M. Jenkins: Time Series Analysis — Forecasting and Control. Holden-Day, 1970

J. L. Doob: Stochastic Processes. John Wiley, 1953

Marek Fisz: Wahrscheinlichkeitsberechnung und Mathematische Statistik. VEB Dt. Verlag der Wissenschaften, 1971

U. Grenander, G. Szegö: Toeplitz Forms and Their Applications. Univ. of Calif. Press, 1958

Norbert Wiener: Extrapolation, Interpolation and Smoothing of Stationary Time Series. John Wiley, 1949

Die Flut radioaktiver Abfälle

In den nächsten 25 Jahren muß sich die Bundesrepublik auf eine Flut von radioaktiven Abfällen vorbereiten. Allein bis 1990, so stellte eine Studie des nukleartechnischen Unternehmens NUKEM (Hanau) fest, wird sich die jährliche Menge an strahlenden Abfällen gegenüber 1975 verfünffachen, von gegenwärtig 6500 cbm auf 33 500 cbm. Darüber hinaus ist in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor allem durch die Inbetriebnahme der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage mit einem starken Anstieg der in den Abfällen enthaltenen Radioaktivität zu rechnen.

Nach der NUKEM-Studie, die im Auftrag des Bundesforschungsministeriums erarbeitet wurde, werden die nuklearen Abfälle vor allem aus der Kernenergie anfallen. Die Isotopentechnik und die Atomforschungseinrichtungen werden dagegen in ihrem Aufkommen konstant bleiben und so in ihrer Bedeutung abnehmen. Während 1975 fast die Hälfte aller radioaktiven Abfälle aus diesem Bereich stammte, sollen es 1990 nicht einmal mehr 10 % sein. dpa Umweltfr. 19/1976

Der Fall Brokdorf

Ende Oktober saß Schleswig-Holsteins Sozialminister Karl-Eduard Claussen im renommierten Clubhaus »Kieler Kaufmann« mit 4 Chefredakteuren und einem Redaktionsdirektor zu Tisch. Was er Hans Schäfer (»Kieler Nachrichten«), Martin Wein (»Lübecker Nachrichten«), Volker Hebbeln (»Flensburger Tageblatt«), Kurt Dittrich (»Schleswig-Holsteinische Landeszeitung«/»Norddeutsche Rundschau«) und Klaus Korn (»Norddeutsche Nachrichten«/»Bergedorfer Zeitung«) anvertraute, war brisant und durchaus von bundesweitem Interesse: Die Landesregierung werde den vorläufigen Baubeginn des Kernkraftwerkes Brokdorf genehmigen. Die Landespressekonferenz Kiel (LPK), der Zusammenschluß der aus der Landeshauptstadt berichtenden Journalisten war out.

So begann es

Am Freitag übergab die LPK Staatssekretär Dr. Arthur Rathke von der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung einen geharnischten Protest, der folgenden Wortlaut hat:

»Der Vorstand der Landespressekonferenz Kiel mißbilligt die Vorabinformation, die von der Landesregierung am 25. Okt. 1976 einem ausgewählten kleinen Kreis von Journalisten über den unmittelbar bevorstehenden Baubeginn des Kernkraftwerkes in Brokdorf gegeben worden ist.

Der Vorstand der LPK ist befremdet darüber, daß nicht der sonst immer übliche Weg einer Information mit Sperrfrist für alle Journalisten von der Regierung eingeschlagen worden ist. Wenn bei der Regierung der Wunsch auf strikte Vertraulichkeit vorhanden gewesen ist, hätte auch die Möglichkeit der vertraulichen Unterrichtung (C-Information) in der LPK genutzt werden können.

Der Vorstand der LPK sieht aufgrund des Vorgehens der Landesregierung die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als ernsthaft gestört an. Es handelt sich um einen so schwerwiegenden Vorgang, daß der Vorstand der LPK mit den Mitgliedern die weiteren Schritte erörtern möchte. Dies wird in der nächsten LPK am 4. 11. 1976 geschehen. Zu dieser Pressekonferenz werden Vertreter der Landesregierung nicht eingeladen. gez.: Karl-Ernst Jipp, Rudolf Asmus, Malte Zeck.«

Die Landesregierung ist indessen bemüht, die Wogen zu glätten. Dr. Walter Ebel als Vertreter von Staatssekretär Rathke: »Wir sind an keiner Eskalation interessiert.«

text intern 100/1976

Aus Briefen an die Ministerpräsidenten Landesfriedensbruch

Der bekannte Autor und Biologe Frederic Vester äußert sich zu dem Vorgehen in Brokdorf:

Befürchtungen, die ich seit Jahren hege, beginnen wahr zu werden. Am 26. 10. 1976 wurde in einer Art von kleinem Staatsstreich gegen den Willen eines Großteils unserer Bevölkerung das Interesse einer kleinen wirtschaftlichen Gruppe unter Schutz durch Polizei und Panzerfahrzeugen bei Nacht und Nebel durchgesetzt: Der Beginn des Baues eines weiteren (völlig überflüssigen) Kernkraftwerkes an der Unterelbe. Hier wird ganz offensichtlich mit Mitteln, wie sie uns aus der Vergangenheit nur allzu deutlich in Erinnerung sind — etwa aus dem Dritten Reich oder der über Nacht durchgezogene Mauer der Berliner Mauer — Freiheit und Sicherheit unserer Bevölkerung bedroht. Denn nach allen Fakten und Daten, die uns heute zur Verfügung stehen, hat der forcierte Ausbau der Kernenergie weder Zukunft noch sind nur im entferntesten die auf uns zukommenden Folgekosten abzusehen. Die künstlich betriebene Ab-

hängigkeit von einem exponentiell steigenden Energieverbrauch wird uns in eine katastrophale Arbeitslosigkeit hineinführen und uns gleichzeitig völlig abhängig von den brennstoffliefernden Ländern machen und von einem Rohstoff, der sowieso in wenigen Jahren erschöpft sein wird. Ganz zu schweigen von dem ungelösten Problem der Lagerung steigender Mengen an radioaktiven Abfällen und der Wiederaufbereitung.

Die einzige Erklärung, die ich für diesen Mißbrauch der Staatsgewalt sehe, ist, daß die beteiligten Interessengruppen bar jeder Moral in möglichst kurzer Zeit noch viele ihrer mit gewaltigen Mitteln vorfinanzierten Projekte durchziehen wollen, weil über kurz oder lang auch die letzten Argumente des forcierten Kernkraftwerksbaus in der Öffentlichkeit nicht mehr haltbar sein werden.

Etwas, was gegen alle Vernunft spricht, und von der Bevölkerung und einer überwältigenden Mehrzahl von Wissenschaftlern als Fehlentwicklung betrachtet wird, mit Polizeigewalt durchzusetzen, ist ein so ungeheuerlicher Schritt, daß mein Vertrauen in diesen Staat hierdurch stark erschüttert wurde. Ich bin kein Jurist, sehe aber die Lage von meinem Rechtsempfinden aus so, daß hier eine Anklage wegen Machtanmaßung und Mißbrauch der Staatsgewalt fällig ist, die allem, was wir in unserer noch halbwegs intakten Demokratie zu retten hoffen, Hohn sprechen.

Ich rufe alle verantwortungsbewußten Bürger auf, gegen diesen aufkommenden »Elektrofascismus« aufzustehen und einer völlig undurchdachten und kurzsichtigen Entwicklung, die uns in Zukunft vor die größten Probleme stellen wird, und sogar den Ruin unserer Gesellschaft bedeuten kann, Einhalt zu gebieten.

Priv.-Doz. Dr. F. Vester

*Studiengruppe Biologie und Umwelt
München, Nußbaumstraße 14*

Herrn Ministerpräsident

Dr. Gerh. Stoltenberg, 2300 Kiel

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Als Chef der schlesw.-holst. Landesregierung tragen Sie für die Genehmigung des Baues des Atomspaltwerkes in Brokdorf die Verantwortung. Meine Freunde und ich haben Sie über Ihren Mitarbeiter Herrn Min.-Rat Schwarze gewarnt! Im Anschluß an den Erörterungstermin in Wilster haben wir über Herrn Schwarze um eine Gesprächsmöglichkeit mit Ihnen nachgesucht.

Auf eine solche haben wir vergeblich gewartet. Sie waren offenbar nicht willens, sich mit uns Warnern, die wir als Biologen, Ökologen und Mediziner seit Jahren mit dem ungeheuerlichen Gefährdungspotential von Atomkraftwerken uns befassen müssen, zu unterhalten. In einem Gespräch mit Herrn Leussink haben Sie selbst bekannt, daß Sie von der Materie nichts verstanden. Sie waren aber auch nicht bereit, sich von eingearbeiteten Fachleuten der Lebensschutzverbände über die Gefahren aufklären zu lassen. Immer wieder kamen von seiten Ihres Hauses neue Ausflüchte.

Herr Ministerpräsident! Ihr Ministerium sagt, daß alle Sachfragen geklärt seien, im Erörterungstermin wäre alles ausführlich genug behandelt und alle Zweifel seien ausgeräumt.

Eine solche Veröffentlichung kann man nur als eine glatte Lüge bezeichnen!

Es ist hier festzuhalten, daß nicht eine einzige Feststellung der Umwelt- und Lebensschützer, der einwendenden Bauern und Fischer von Ihren Leuten widerlegt werden konnte.

Der Bundespräsident hat kürzlich gefordert, daß die Politiker mehr auf die Wissenschaftler hören mögen. Herr Ministerpräsident! Mehr als 5000 deutsche Wissenschaftler haben in einer Petition den Stop aller Atomkraftwerke gefordert! Weit über 12 000 Wissenschaftler sind es in aller Welt. Sie aber lassen sich davon nicht beeinflussen, sondern Sie geben vielmehr auch jetzt noch grünes Licht für den Bau weiterer Plutonium-Herstellungstätten. Sie wagen der Bevölkerung immer noch vorzugaukeln, daß Atomkraftwerke sicher, sauber und umweltfreundlich seien und daß sie den Strom am billigsten zu liefern vermögen.

Wie lange, Herr Stoltenberg, soll Ihnen diese Lüge noch geglaubt werden? Wie lange wollen Sie selbst noch glaubhaft wirken?

Herr Ministerpräsident! Bundeskanzler Helmut Schmidt hat aus Anlaß der 30. Wiederkehr des 20. Juli 1944 erklärt, daß der Bürger nicht nur das Widerstandsrecht, sondern auch die Widerstandspflicht habe. Von diesem Widerstandsrecht und dieser Widerstandspflicht werden wir nunmehr Gebrauch machen! Widerstand ist ein stolzes Wort, wenn es gegen Lüge, Diktatur und Irrwege geht!

Und zu diesem Widerstand — zum gewaltlosen allerdings — rufen wir die Bevölkerung auf!

Für alles, was in Zukunft in und um Brokdorf geschehen wird, tragen Sie, Herr Ministerpräsident, voll und ganz die Verantwortung!

Mit der einem Manne Ihrer Stellung gebührenden Hochachtung!

*Ernst-Otto Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme
Mitglied im Präsidium des WSL-Deutschland*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albrecht

Möglicherweise haben Sie meinen Brief vom 17. 8. 1976 nicht erhalten. Allerdings wäre mir das schwer vorstellbar, zumal ich Ihren Ministerialrat, Herrn Sieber, am 30. August noch einmal eine Fotokopie meines Schreibens an Sie persönlich überreicht habe.

Nennt sich das umfassende Information der Bevölkerung?

Auch List und Gewalt, mit der von regierungsmächtiger Seite unbestreitbare Tatsachen und Informationen unterdrückt werden, haben eine Inkubationszeit (vielleicht erst nach Monaten oder Jahren, aber sie haben sie!), nach der sie fortzeugend Böses gebären müssen. Niemand sollte sich dann über angestaute Emotionen wundern. Vor den dann denkbaren Gewalttätigkeiten möge uns Gott bewahren.

Die Quintessenz des auch von seinen Diskussionsgegnern wegen seiner Akribie gerühmten Referats von Herrn Prof. Meyer-Abich, Essen, am 30. 8. in Lüneburg war die: »Wir verzichten auf nichts, wenn wir auf atomare Energiegewinnung verzichten.« Keiner der »Befürworter« konnte das an irgendeinem Punkt widerlegen.

Aber von den Behörden und Firmenkonsortien sollen voreilig nicht wieder aus der Welt zu bringende Fakten geschaffen werden?

Inständig möchte ich Sie bitten, die Unruhe in der Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Das Sichtbare ist nur die kleine Flamme eines in den Boden eindringenden Schmelbrandes.

Eine baldige Antwort von Ihnen erwartend, bin ich mit freundlichem Gruß

*3110 Uelzen, Bernh.-Nigebur-Str. 27
G. G. Riese, Pastor*

Antrag auf Strafverfolgung

Strafverfolgung möchte ich gegen diejenigen beantragen,

- die mit *Stacheldraht und Mauerbau* ihre Errungenschaften verteidigen müssen ...
- die uns ihre Interpretation von (Ministerial-) *Räte-Republik* als Demokratie verkaufen wollen ...
- die seit Monaten mit ihrer *Lügenpropaganda* die Emotionen der Bevölkerung anheizen ...
- die neue *Maulkorbparagraphen* für ihre Beamten und Angestellten ersinnen ...
- die den Einspruch besonnener Bürger mit bürokratischen *Gewalttätigkeiten* unmöglich machen ...
- die *sprechverhinderte* Menschenmassen, schutz- und wehrlose Bürger durch *millionenfache Meinungsmache* von einseitigen Nachrichtenorientierung und Kommentatoren behandeln ...
- die mit *Bluthunden und chemischen Nahkampfmitteln* gegen unbewaffnete Bürger vorgehen ...
- die in Friedenszeiten den *Gaskrieg* praktizieren ...
- die wie z. Zt. der Absolutisten eine sitzende (!) Menschenmenge unter die *Hufeisen berittener Polizei* bringen ...
- die für »*Staatssicherheit*« mit *Geheimpolizei* in der kleinsten Bürgerinitiative spionieren ...
- die mit *bezahlter Agententätigkeit* die Ahnungslosigkeit der Bevölkerung verschaukeln ...
- die das *Gespenst der Arbeitslosigkeit* gerade in falscher Himmelsrichtung aus der Flasche zaubern, um dadurch die Ängstlichen auf ihre Seite zu locken ...
- die mit »*Reihen fest geschlossen*« eine grundlegende Neubesinnung nachdenklich gewordener Parlamentarier abblocken ...
- die »*gut ist, was Konzernen nützt!*« u. ä. als sittliche Grundwerte des christlichen Abendlandes versilbern ...
- die *Verdunklungsgefahr* für das ganze Volk erlügen ...
- die Energielücken behaupten, aber systematisch und bewußt eine *wahnsinnige Energieverschwendung* ankurbeln ...
- die die Gefahren von einem *Atomkrieg mit anderen Mitteln* fortsetzen ...
- die *Gesundheit oder Krebs* von Tausenden nicht mal als kleinen Faktor in ihrem Profit- und Fortschrittsdenken anerkennen wollen ...
- die *Friedhofsruhe* als erste Bürgerpflicht verkünden ...

G. E. Riese, Pastor

3110 Uelzen, Bernh.-Nigebur-Str. 27